



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Frau
Luise Amtsberg, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)30 18 681-1019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 25. Juni 2014

BETREFF **Schriftlichen Frage Monat Juni 2014**
HIER Arbeitsnummern 6/143,144

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesenen schriftlichen Fragen übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung



Dr. Günter Krings

Schriftliche Fragen der Abgeordneten Luise Amtsberg

vom 18. Juni 2014

(Monat Juni 2014, Arbeits-Nr. 6/143, 144)

Fragen

- 1. In welcher Form hat die Bundesregierung die im Bundestagsbeschluss vom 7. Mai 2014 (Bundestagsdrucksache 18/1333) enthaltene Forderung in bilateralen Gesprächen und auf EU-Ebene vertreten, "dass auch die anderen EU-Länder deutlich mehr syrische Flüchtlinge außerhalb des Asylsystems aufnehmen und (die) EU-Kommission (aufgefordert wird) bis zum Sommer 2014 eine Syrien-Flüchtlings-Konferenz einberufen, auf der sich alle EU-Mitgliedstaaten auf konkrete Zahlen und Verfahren zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge einigen" (bitte einzeln nach EU-Ratsgremium bzw. Treffen auflisten), und warum ist sie ihrer Ansicht nach bisher ungehört geblieben?*
- 2. Wird Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel beim Europäischen Rat am 26/27. Juni 2014 eine EU-Flüchtlingskonferenz zu Syrien fordern, und wenn nein, mit welcher Begründung?*

Antworten

Zu 1.

Erstmalig wurde EU-Kommissarin Malmström mit Schreiben des Bundesministers des Innern vom 21. März 2013 aufgefordert, eine gesamteuropäische Aufnahmeaktion zugunsten syrischer Flüchtlinge zu initiieren. Der Bundesinnenminister bat darüber hinaus die damalige Irische Ratspräsidentschaft, die Innenminister der EU-Mitgliedstaaten sowie den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen Gu-terres mit Schreiben vom selben Tag, dieses Anliegen zu unterstützen.

Auf folgenden Veranstaltungen wurde die Bitte wiederholt bzw. konkretisiert:

- Rat der Justiz- und Innenminister am 6./7. Juni 2013 (Bundesinnenminister)
- Strategischer Ausschuss für Einwanderungs-, Grenz- und Asylfragen am 24. September 2013 (Unterabteilungsleiter im Bundesministerium des Innern)
- 64. Sitzung des Exekutivrates des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen am 30. September 2013 (Bundesminister des Innern)

- Rat der Justiz- und Innenminister am 7./8. Oktober 2013 (Bundesminister des Innern)
- Gespräch mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-Moon am 29. Januar 2014 (Staatssekretär des Bundesministeriums des Innern)
- Core Group Syria, seit Herbst 2013, alle zwei bis drei Monate (Arbeitsebene)
- In internationalen Gremien und Einrichtungen, z .B. beim Global Forum on Migration and Development und bei der Hochrangigen Gruppe für Migration und Asyl (HLWG) haben Vertreter des Auswärtigen Amtes/Bundesministerium des Innern regelmäßig für eine stärkere Beteiligung der EU-Mitgliedstaaten bei der Flüchtlingsaufnahme aus Syrien geworben.

Mit Schreiben vom 20. Juni 2014 erneuerte die Bundesregierung durch gemeinsames Schreiben des Bundesministers des Innern und des Bundesministers des Auswärtigen an die Innen- und Außenminister der EU-Mitgliedstaaten sowie an den Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen Guterres ihr Anliegen der Einberufung einer Pledging-Konferenz.

Die aufgeführte Liste ist nicht abschließend. Darüber hinaus nutzt die Bundesregierung sowohl auf Leitungs- als auch auf Fachebene regelmäßig Veranstaltungen sowie bilaterale Gespräche mit Kollegen anderer EU-Mitgliedstaaten sowie weiterer Akteure, um die Thematik voranzubringen.

EU-Kommissarin Malmström lehnte den deutschen Vorschlag in einem Antwortschreiben vom 3. Mai 2013 ab und wies darauf hin, dass der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen bisher nicht um eine entsprechende Aufnahmeaktion gebeten habe. Weitere schriftliche Stellungnahmen liegen der Bundesregierung nicht vor.

Auch wenn die Bundesregierung sich eine höhere Beteiligung der EU-Mitgliedstaaten wünscht, ist erkennbar, dass einige Staaten dem deutschen Beispiel - wenn auch in geringerem Umfang - bereits folgen.

Zu 2.

Bereits für den 27. Juni 2014 hat der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen zu einem hochrangigen Treffen eingeladen, auf dem die Hilfe für syrische Flüchtlinge international vorangebracht werden soll. Dem Vernehmen nach soll eine entsprechende Konferenz auf Ministerebene Ende des Jahres 2014 stattfinden. Daher wird Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel beim Europäischen Rat am 26/27. Juni 2014 die Forderung nach einer EU-Flüchtlingskonferenz zu Syrien nicht wiederholen.